

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Kein Landesgeld für den BER

Der Landtag stellt fest:

Die Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg GmbH (FBB) wird aufgefordert sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um mit Einsparungen, Mehreinnahmen und Fremdfinanzierungen ihren weiteren notwendigen Finanz- bzw. Kapitalbedarf zu decken. Vor diesem Hintergrund lehnt der Landtag die von der Landesregierung mit ihrem Nachtragshaushalt beschlossene Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 39.960.000 Euro als Darlehen an die FBB für den Flughafen BER ab dem Jahr 2021 ab.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird als Gesellschafterin der Flughafen Gesellschaft FBB beauftragt,

1. keine weiteren Landesmittel für den weiteren Ausbau des Flughafens BER in Schönefeld zur Verfügung zu stellen,
2. die Geschäftsführung Flughafengesellschaft zu veranlassen, weitere Finanzierungsmittel für den Ausbau des Flughafens BER Schönefeld am Kreditmarkt zu sichern und
3. diesen Standpunkt gegenüber den Gesellschaftern – dem Bund und dem Land Berlin weiter zu vertreten.

Begründung:

Im Sonderausschuss BER des Landtages und auch presseöffentlich sind Planungen für den künftigen Ausbau des Flughafens BER in Schönefeld vorgestellt worden. Zugleich wurde seitens der FBB ein Finanzbedarf prognostiziert, der in seiner konkreten Höhe im kommenden Businessplan der Gesellschaft ausgewiesen werden soll.

Die FBB hat im Sonderausschuss Flughafen BER des Landtages vom von 6. August 2019 öffentlich betont, für weitere Ausbaumaßnahmen „alles Mögliche zu tun, um die 500 Millionen Euro komplett am Markt zu finanzieren.“

Diese bisherige Finanzpolitik soll fortgesetzt werden. Brandenburger Landesmittel sollen für weitere Projekte am Flughafen Schönefeld nicht verwendet werden. In Anbetracht komplexer Aufgabenstellungen in der gesamten Landespolitik, sollten die Landesmittel nicht in den Flughafen, sondern in andere notwendige prioritäre Investitionen fließen. Formulierungen im Koalitionsvertrag geben Anlass dafür, dass die Landesregierung von den bisherigen Auffassungen abrückt.